

Internationale Freigeistige Rundschau 1/2010

Europa

Deutschland

I (4002) **München**. Die kirchlichen Schulen in Bayern geben pro Jahr etwa 70 Millionen Euro für den laufenden Schulbetrieb (einschließlich der Lehrergehälter, aber ohne Investitionen in den Schulbau) aus. Davon müssen sie allerdings nur 3,5 Millionen selbst aufbringen. 80 Prozent der Ausgaben finanziert (nach kirchlichen Angaben) der Freistaat Bayern, den Rest bestreiten die Eltern durch Schulgeld. Welcher Anteil von diesem Eigenanteil durch Spenden oder Erbschaften gedeckt wird, wurde nicht bekannt. Fest steht allerdings, dass die Überschüsse durch den Unterrichtseinsatz von Ordensleuten nur noch eine geringe Rolle spielen, weil es davon kaum noch welche gibt. (*Süddeutsche Zeitung*, 4.1.10)

Anm. MIZ-Red.: Früher konnte eine kirchliche Schule ihre Restkosten decken, wenn jede elfte Stelle von einer Nonne oder einem Mönch eingenommen wurde. Der Staat erstattet nämlich in Bayern pauschal 90 Prozent eines durchschnittlichen Lehrergehalts an staatlichen Schulen, während die Ordensangehörigen neben freier Kost und Logis lediglich ein Taschengeld erhalten, so dass der Träger mit ihnen einen beachtlichen Gewinn erzielt. Auch in den anderen Bundesländern gibt es ähnliche Regelungen.

I (4003) **Köln/Rossdorf**. Fernsehpfarrer Jürgen Fliege (Tutzing/Starnberger See) hat sich erstmals offen zur Esoterik bekannt. Man könne die Hilfe von Hellsehern, Heilern oder Warzenbesprechern in Anspruch nehmen, sagte er in der ARD-Sendung „Menschen bei Maischberger“ am 5. Januar.

Das Programm trug den Titel „Seher und Propheten – Geheimwissen oder fauler Zauber?“ Beeindruckt zeigte sich Fliege von der „Trefferquote“ esoterischer Wahrsager. In der Sendung empfahl eine Engeldolmetscherin ihre Dienste; eine Hellseherin versuchte, aus Karten und Händen die Zukunft zu lesen. Ferner wurde erklärt, dass Warzen bei abnehmendem Mond weggesprochen werden müssen und Bundeskanzlerin Angela Merkel in diesem Jahr eine Ehekrise erleben wird. Scharfe Kritik an Fliege übte die in Rossdorf bei Darmstadt ansässige Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften (GWUP). Deren Leiter und Gründer, Amardeo Sarma, erklärt auf der Internetseite der Gesellschaft, dass Fliege „schon immer Esoteriker“ gewesen sei. Bereits 1998 habe die GWUP ihm den Negativpreis für die „peinlichste esoterische Simpelei“ verliehen. Als damals die Sonde Pathfinder auf dem Mars gelandet sei und Bilder von roten Sandwüsten zur Erde gesandt habe, habe Fliege in einer Frauenzeitschrift darüber spekuliert, woher die Astrologen der Antike bereits von der roten Farbe des Mars gewusst hätten. Er habe dafür esoterische Eingebungen der Sterndeuter verantwortlich gemacht, während in Wirklichkeit „jeder Laie in einer sternklaren Nacht bereits durch einen einfachen Blick zum Himmel“ die rote Farbe erkennen könne, so Sarma. Fliege ist offiziell noch immer Pfarrer der Evangelischen Kirche im Rheinland und wegen Äußerungen zu zentralen Glaubensinhalten umstritten. So bezeichnete er die Botschaft vom Kreuzestod Jesu als „Horrorangebot“. Auf seiner Homepage, die er als Internetkirche bezeichnet, verteidigt er seine Position in der Sendung „Maischberger“. Auch in der Kirche müsse man sich offen darüber austauschen,

„dass es eine andere Wirklichkeit gibt, die wir den Himmel nennen, und die eben wirkt“. In einer Rezension der Sendung äußert sich die Online-Redaktion der Zeitung „Die Welt“ enttäuscht darüber, dass „bei all dem Hokuspokus“ Fliege nicht der Vernunft eine Stimme gegeben habe. Stattdessen habe er sich immer wieder „auf die Seite der paranormalen Dienstleisterinnen“ gestellt. Der Rezensent fragt: „Kann man Jürgen Fliege das Bundesverdienstkreuz, das er im letzten Jahr bekommen hat, eigentlich wieder abnehmen?“ (ARD, 5.1.10: *welt online*, 7.1.10; *idea*, 12.1.10)

I (4004) **Berlin**. Die beiden großen Kirchen fordern „mit Nachdruck“ einen christlich geprägten Raum der Stille im neuen Großflughafen Berlin Brandenburg International. Dies unterstrichen Kardinal Sterzinsky und Bischof Dröge auf einer gemeinsamen Pressekonferenz.

Das Flughafen-Management hatte vor einer Woche erklärt, der Flughafen solle anders als von den Kirchen favorisiert keine Kapelle, sondern einen allgemeinen Raum der Stille erhalten. Dieser solle grundsätzlich allen Fluggästen zur Verfügung stehen. Für ihn sei eine Fläche von rund 120 Quadratmetern im Terminal vorgesehen. Der künftige Hauptstadtflughafen, der nach dem früheren konfessionslosen SPD-Bundeskanzler Willy Brandt benannt werden soll, geht voraussichtlich Ende Oktober 2011 in Betrieb. Die meisten der großen deutschen Verkehrsflughäfen haben eine Flughafenkirche oder -kapelle, die in der Regel ökumenisch betreut wird. (KNA, 7.1.10)

I (4005) **Siegen**. Bei der Eröffnungsveranstaltung einer evangelikalen Gebetswoche hat Bürgermeister Steffen Mues (CDU) Gebetsanliegen für die Stadt Siegen benannt. So solle Gott dafür gedankt werden, dass die südwestfälische Großstadt (110.000 Einwohner) in den letzten Jahren eine positive Entwicklung genommen habe. Zum anderen möge man um Weisheit bitten, dass die dramatische Finanzlage in der Stadt, im Bundesland Nordrhein-Westfalen und in ganz Deutschland gut gemeistert werde. am 10. Januar beteten die 300 Teilnehmer in der Freien evangelischen Gemeinde Siegen-Mitte für diese Anliegen. Die Predigt im Auftaktgottesdienst in Siegen hielt erstmals ein Bundestagsabgeordneter: Frank Heinrich aus Chemnitz. Er leitete bis zum Bundestagswahlkampf im letzten Jahr die Jugendarbeit der Heilsarmee in den neuen Bundesländern und war auch Vorsitzender des Jugendarbeitskreises der Deutschen Evangelischen Allianz. Bei der Bundestagswahl am 27. September gewann er im einstigen Karl-Marx-Stadt das Direktmandat für die CDU. Wie er in seiner Predigt sagte, wünsche er sich mehr Christen in der Politik. (*idea*, 11.1.10)

I (4006) **Düsseldorf**. Der Sportverein der Freien Christlichen Schule Düsseldorf muss seinen Größenwahn teuer bezahlen. Er errichtete 2005 für 25 Millionen Euro ein Sport- und Veranstaltungszentrum, das nicht nur für den Sportunterricht und andere Veranstaltungen der christlichen Bekenntnisschulen in Düsseldorf genutzt wird, sondern auch lukrativ an (Handball- und Basketball-)Bundesligavereine sowie für Kongresse, Konzerte und andere Veranstaltungen vermietet wird. Dennoch übernahm sich die allzu geldgierige religiöse Organisation und musste nun die Eigentumsrechte an den Kreditgeber, die Stadtparkasse Düsseldorf, abtreten. Die Stadt wird dafür den Restkredit von noch rund 23,5 Millionen Euro abbezahlen. Trotz des Eigentümerwechsels kann die Halle aber nach wie vor für (christliche) schulische Zwecke genutzt werden. Die Opposition im Düsseldorfer Stadtrat kritisierte unterdessen die verantwortlichen CDU-Politiker, die den Bau der Halle durch den Rheinisch-Bergischen Verein unterstützt hatten. „Das Ding war von Beginn an

krumm, deshalb haben wir schon damals gefordert, das Heimfallrecht auszuüben“, wird SPD-Stadträtin Gudrun Hock zitiert. (*Rheinische Post*, 26.1.10)

I (4007) **Berlin**. Erstmals in der deutschen Parlamentsgeschichte hat eine Bundestagsfraktion einen Konfessionslosen zum kirchen- bzw. religionspolitischen Sprecher benannt. Der aus Indien stammende 45-jährige Jurist Raju Sharma (Kiel) leitete bis zur Abwahl der Großen Koalition in Schleswig-Holstein im vorigen Jahr in der Kieler Staatskanzlei das Referat für Nationale Minderheiten, Heimatpflege, Kirchen und Religionsgemeinschaften. Er gehörte früher unter anderem der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und der SPD an. 2005 schloss er sich der Linkspartei an. Da er künftig auch deren Bundesschatzmeister werden soll, ist anzunehmen, dass ihm die massive Subventionierung der Kirchen mit öffentlichen Geldern bekannt ist und er sie auch in ihrem Umfang einzuschätzen weiß. Immerhin erhalten die Kirchen neben den über 9,6 Milliarden Euro aus Kirchensteuern mindestens 22 Milliarden an direkten oder indirekten Zuschüssen von der öffentlichen Hand für ihre inneren Angelegenheiten. (Davon stammt allerdings nur ein sehr kleiner Teil aus dem Bundeshaushalt.)

Die übrigen Parteien nominierten durchweg engagierte Christen, die ihre Funktion eher als Lobbyisten der Kirchen denn als Sprecher ihrer Parteien verstehen. So benannte die Union die Katholikin Maria Flachsbarth zur Beauftragten für Kirchen und Religionsgemeinschaften, die dem Kardinal-Höffner-Kreis angehört, einem Forum engagierter Christen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Für die SPD nimmt dieses Amt der evangelikal orientierte Siegmund Ehrmann wahr, der früher sogar CVJM-Vorsitzender von Neukirchen bei Moers war und heute dem Aufsichtsrat des zum Diakonischen Werk gehörenden „Neukirchener Erziehungsvereins“ vorsteht. Kirchen- und Religionsbeauftragter der FDP-Fraktion wurde der gleichfalls streng evangelische Stefan Ruppert, der sich viele Jahre in der evangelischen Jugendarbeit hervortat. Die Grünen-Fraktion behält den katholischen Krankenpfleger Josef Winkler als ihren Sprecher für „Kirchenpolitik und interreligiösen Dialog“. (Dieser interreligiöse Dialog ist für die Grünen also keine innere Angelegenheit der Religionsgemeinschaften, sondern eine politische Aufgabe der Partei.) Winkler wird unterstützt von Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt, die auch als Vorsitzende der EKD-Synode amtiert damit nach der Ratsvorsitzenden, Landesbischofin Margot Käßmann (Hannover), das zweithöchste Amt in der evangelischen Volkskirche wahrnimmt. (Eigenmeldung der MIZ, 27.1.10)
Nachtrag: Inzwischen hat Raju Sharma Kontakt zu Finanzexperten der Konfessionslosen aufgenommen und ist stark am Thema der Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen interessiert.

I (4008) **Freiburg**. Das Ausmaß des sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche, über das seit dem 1. Februar 2010 ununterbrochen in der Tagespresse geschrieben wird, ist noch immer nicht überschaubar. Bis Redaktionsschluss der MIZ wurde gegen 295 Kleriker „ermittelt“, wobei aber zu berücksichtigen ist, dass schon 2002 die Bischofskonferenz selbst von 300 bekannten Fällen sprach und seither weitere etwa 60 Täter ermittelt wurden. Dies bedeutet, dass mindestens vier Prozent der katholischen Priester Sexualstraftäter sind – weit mehr als bei jeder anderen Berufsgruppe. Der evangelikale Pressedienst *idea* wies allerdings darauf hin, dass Pädophilie auch in der evangelischen Kirche vorkommt. Allein in den letzten zwölf Monaten wurden dort über 30 Täter entlarvt oder verurteilt. Inzwischen scheint sich die Kirche auch damit abzufinden, dass es dem Staat zukommt, in strafrechtlichen Dingen zu ermitteln. Die innerkirchliche Beurteilung,

welche Vorfälle an die Staatsanwaltschaft gemeldet werden sollten, hatte immer wieder zu Vertuschungen geführt.

Der Skandal hat zu einer starken Zunahme der Kirchenaustritte geführt. Auf Nachfrage des Bayerischen Rundfunks wurde bekannt, dass sich die katholischen Austritte in den Bischofsstädten München, Regensburg und Würzburg nahezu verdoppelt, während sie in Augsburg, Bamberg und Passau „nicht überproportional“ stiegen. (MIZ-Eigenmeldung)

I (4009) **Emden**. Aus der SPD kommt Widerstand gegen Pläne, eine Integrierte Gesamtschule (IGS) in kirchlicher Trägerschaft im ländlichen Ostfriesland einzurichten. Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers möchte vom Schuljahr 2010/2011 an eine IGS für die Gemeinden Hinte und Krummhörn (Landkreis Aurich) betreiben. Dagegen opponiert der SPD-Unterbezirk Emden. Einstimmig hat sich der Vorstand gegen eine kirchliche IGS ausgesprochen. Eine Übergabe öffentlicher Verantwortung in kirchliche Hände sei „schwer nachvollziehbar“, so Unterbezirksvorsitzende Angelika Hentschel. Außerdem bemängelt sie, dass von den Eltern ein Schulgeld von 45 Euro pro Monat erhoben werden soll. Auch der Emdener SPD-Landtagsabgeordnete Hans-Dieter Haase warnt davor, die Errungenschaft des kostenlosen Schulzugangs aufzugeben. Man dürfe die Zeit nicht zurückdrehen. Ermäßigungen oder Befreiungen für sozial Schwache und Eltern mit mehreren Schulkindern änderten daran grundsätzlich nichts. Diese Regelungen setzten ein Antragswesen und ein „Bekenntnis zur Armut“ voraus. Kommunen dürften sich nicht aus der Verantwortung für die Entwicklung der Schulen zurückziehen, so Haase.

In einer nicht-öffentlichen Sitzung hatten am 20. Januar Repräsentanten der hannoverschen Landeskirche die Ratsmitglieder der beiden Kommunen informiert, die zusammen über 20.000 Einwohner haben. In Hinte und dem nahen Pewsum bestehen Haupt- und Realschulen. Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen über die Einrichtung einer staatlichen IGS sind gescheitert. Eine Entscheidung der Gemeinderäte über die kirchliche Schule steht noch aus. Bei ausreichenden Schülerzahlen könnte die Ganztagschule am 1. August mit fünf 5. Klassen starten. Längerfristig ist auch eine Gymnasiale Oberstufe geplant. (Emder Zeitung, 27. u. 28.1.10)

I (4010) **Berlin**. Der Berliner Erzbischof Georg Sterzinsky will seinen Vertrag mit der in Augsburg herausgegebenen "Katholischen Sonntagszeitung" kündigen und seine Mitherausgeberschaft beenden. Als Grund führte ein Bistumssprecher "Irritationen und Verstimmungen über den polemischen Ton vor allem in den Editorials des Mantelteils" an. Bereits vor einem Jahr hatte der Diözesanrat des Erzbistums die Kündigung gefordert, nachdem der Herausgeber der "Katholischen Sonntagszeitung" Dirk Hermann Voß Israel im Zusammenhang mit dem Gazakrieg vorgeworfen hatte, "wie in einem Bluttausch" zu agieren. Auch in der aktuellen Ausgabe greift Voß Israel an: Ein ganzes Volk - gemeint sind die Palästinenser - werde durch die israelische Regierung "eingesperrt, misshandelt und seiner Zukunft beraubt". Voß ist Geschäftsführer der Augsburger Mediengruppe Sankt Ulrich Verlag und leitet zudem den Medien- und Kommunikationsbereich des Bistums Augsburg. (BR-Kirchenfunk, 29.1.10)

I (4011) **Paderborn**. Die Zahl der jungen Männer, die katholischer Pfarrer werden wollen, geht immer weiter zurück. In den 27 Diözesen in Deutschland bereiten sich derzeit nur rund 840 junge Männer auf den Priesterberuf vor. Dies ist ein »neuer

Tiefstand«, vermerkt die Deutsche Regentenkonferenz, der Zusammenschluss der Priesterseminare. 1998 waren es noch fast 1200. Damit verstärkt sich der schon jahrelang anhaltende Priesterangel künftig noch weiter. Bundesweit sind derzeit rund 10.500 katholische Priester im aktiven Dienst - 20 Prozent weniger als vor zehn Jahren.

Den Grund für die geringe Zahl der Priesteramtskandidaten sehen die „Regenten“ der Priesterseminare nicht nur im »demografischen Wandel«, sondern auch in der »abnehmenden Kirchlichkeit«: Es gebe in der Gesellschaft weniger »Leidenschaft« und »Begeisterung für den Glauben«. (*Evangelisches Sonntagsblatt Bayern*, 31.1.10)

Frankreich

I (4012) **Rennes**. Ein Gericht in der Bretagne hat einen Zuschuss aus dem Gemeindehaushalt für ein Denkmal für Papst Johannes Paul II. für illegal erklärt. Damit habe die bretonische Gemeinde Ploermel gegen die Trennung von Kirche und Staat verstoßen. Der von der Gemeinde finanzierte Sockel und Rahmen für die Statue zeige unter anderem ein überdimensionales Kreuz und damit ein auffälliges religiöses Symbol, so das Verwaltungsgericht in Rennes. Die Statue war in der Gemeinde schon vor ihrer Einweihung Ende 2006 umstritten. (*kipa*, 8.1.10)

Großbritannien

I (4013) **Oxford**. Eine religionsfreie Katastrophenhilfe in Haiti haben verschiedene atheistische Organisationen auf die Beine gestellt. Im Erdbebengebiet des überwiegend katholischen Karibikstaats mit bis zu drei Millionen Betroffenen sind auch christliche Hilfsorganisationen am Werk, die aber wegen ihrer Methoden international in die Kritik geraten sind.

Der Oxforder Evolutionsbiologe und Bestsellerautor Prof. Richard Dawkins („Der Gotteswahn“) hat sich hinter die Initiative von 13 atheistischen Organisationen gestellt. Die Spender der Aktion „Ungläubig helfen“ sollen dazu beitragen, dem „skandalösen Mythos“ zu begegnen, „dass nur religiöse Menschen sich um ihre Nächsten kümmern“. Außerdem lehne man die Vorstellung ab, dass irdischen Leiden im Himmel belohnt werde. Das Bewusstsein, nur dieses eine Leben zu haben, mache die Linderung von Leid im Hier und Jetzt umso dringlicher. Die „neuen Atheisten“ wehren sich gegen die Vorstellung, dass nur Gläubige ein moralisches Leben führen könnten. Die Aktion wird unter anderem gestützt vom Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten, der Britischen Humanistische Vereinigung und der Dawkins-Stiftung für Vernunft und Wissenschaft. Sie wollen zwei nicht-religiöse Hilfsorganisationen unterstützen – „Ärzte ohne Grenzen“ und das Internationale Rote Kreuz.

Die Kirchenpresse nahm zwar aufmerksam Notiz von der Aktion, kommentierte sie aber mit unverhohlener Missbilligung. (*idea*, 19.1.10)

Irland

I (4014) **Dublin**. Seit Anfang 2010 gelten in Irland neue Paragraphen gegen Gotteslästerung. Mit 25.000 Euro Strafe kann belegt werden, wer „Material veröffentlicht, das stark beleidigend ist gegenüber Glaubenssätzen, die von jeder Religion heilig gehalten werden“. Durch das Gesetz werde Artikel 40 der irischen

Verfassung von 1937 auf eine zeitgemäße Grundlage gestellt, erklärte Justizminister Dermot Ahern. Laut Artikel 40 muss die Veröffentlichung von gotteslästerlichem Material unter Strafe gestellt werden. Sein Gesetz, so Ahern, berücksichtige dabei die „wachsende Vielfalt“ unterschiedlicher Religionen in Irland. Frühere Gesetze hätten dagegen nur den christlichen Glauben geschützt. Doch genau deswegen, so wenden seine Gegner ein, hätte er den Blasphemie-Paragrafen gleich ganz streichen sollen, anstatt ihn auch noch auf „jede Religion“ auszuweiten. Das würde selbsternannten Glaubenswächtern Tür und Tor öffnen, um das fundamentale Recht auf Meinungsäußerung untergraben zu können. Außerdem werde die Verunglimpfung weltlicher Überzeugungen nach wie vor nicht geschützt. (*kipa*, 7.1.10)

Italien

I (4015) **Rom**. Mit unüberhörbarem Missmut reagiert die katholische Kirche Italiens auf einen eigentümlichen Volksbrauch, der ausgerechnet an einem hohen kirchlichen Feiertag stattfindet: Am 6. Januar, dem Tag der „Erscheinung des Herrn“, bringt die Befana-Hexe den Kindern ihre Weihnachtsgeschenke. In Rom-Fiumicino organisiert Fernanda de Nitto jedes Jahr einen beliebten Befana-Umzug mit anschließender Miss-Wahl. Der Kirche ist es bisher nicht gelungen, diesen heidnischen Brauch zu stoppen oder gar zu verbieten. (*Radio Vatikan*, 5.1.10)

Portugal

I (4016) **Lissabon**. Vier Monate vor dem geplanten Papstbesuch hat das portugiesische Parlament den laizistischen Charakter des Landes unterstrichen. Es beschloss in erster Lesung die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe. Ministerpräsident Jose Socrates sprach von einem „historischen Tag im Kampf gegen die Diskriminierung und die Ungerechtigkeit in der portugiesischen Gesellschaft“. Gleichzeitig lehnte das Parlament allerdings ein von Grünen und Linken gefordertes Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare ab. Unterdessen bemühen sich in dem mehrheitlich katholischen Land einige Bürgerinitiativen, einen Volksentscheid über den Themenkomplex zu erreichen. (*kipa*, 9.1.10)

Russland

I (4017) **Moskau**. Die orthodoxe Kirche in Russland soll einen Großteil ihres Besitzes vom Staat zurück erhalten. Sie war 1917 enteignet worden, weil sie sich einen Großteil ihres Besitzes auf undemokratische und rechtlich fragwürdige Weise angeeignet hatte.

Wie örtliche Medien verlauten ließen, habe Regierungschef Wladimir Putin ein Restitutionsgesetz auf den Weg gebracht. Es sollen sowohl Kirchenimmobilien als auch kostbare Ikonen und weitere Bestände aus Museen zurück gegeben werden. Das Gesetz stößt in Russland allerdings nicht nur auf Zustimmung: Säkulare Kräfte sehen darin die Gefahr, dass die Kirche zu einem neuen Machtfaktor werden könne. Museumsexperten befürchten einen Attraktivitätsverlust der Kultureinrichtungen, die die religiösen Exponate bisher aufbewahrten. Das Moskauer Patriarchat indes begrüßte das Gesetz, da es zur Festigung der Kirche in der Gesellschaft beitrage. (*Financial Times Deutschland*, 14.1.10)

Schweiz

I (4018) **Bern**. Angehörige der christlichen Konfessionen haben das Schweizer Minarettverbot mehrheitlich unterstützt. Das ergab jetzt eine Analyse des Forschungsinstituts „GFS“ aus Bern. Bei religionslosen Personen stieß die Initiative hingegen eher auf Ablehnung. Auch mit Blick auf die politischen Verhältnisse in der Schweiz liefert die Studie ein klares Bild. Anhänger der linken Parteien lehnten die Initiative mit über achtzig Prozent ab, während Sympathisanten der Rechten sich mit deutlicher Mehrheit für das Minarettverbot aussprachen. Als Begründung gab der größte Teil der Befragten an, ein symbolisches Zeichen gegen die Verbreitung des Islams in der Schweiz setzen zu wollen. (*kipa*, 25.1.10)

I (4019) **Zürich**. Wollen die Zürcher Kirchen weiter im historischen Rathaus der Stadt Zürich ihre Synoden abhalten, sollen sie künftig dafür zur Kasse gebeten werden. Wie die Schweizer Nachrichtenagentur „SDA“ meldet, will der Kanton in Zukunft für die Nutzung des Rathaus-Saales einen höheren Mietzins erheben. Die Kirchen müssten neuerdings ebenfalls Miete zahlen. Bisher tagten die Synoden der katholischen und reformierten Landeskirche gratis im historischen Rathaus. Verträge für die Nutzung bestehen laut SDA nicht. (*kipa*, 1.2.10)

Nordamerika

Kanada

I (4020) **Ottawa**. Das Verfahren gegen den kanadischen Bischof Raymond Lahey ist vertagt worden. Dem ehemaligen Bischof von Antigonish wird der Besitz von kinderpornografischem Material vorgeworfen. Bei einer Zufallskontrolle am Flughafen von Ottawa war dieses von den Behörden auf seinem Laptop entdeckt worden. Auf Wunsch der Verteidigung war der Prozess bereits mehrfach verschoben worden. Die kanadische Bischofskonferenz äußerte sich dazu ebenso wenig wie der Papst. (*kipa*, 14.1.10)

Vereinigte Staaten

I (4021) **Washington**. Die Tatsache, dass US-Präsident Barack Obama an Weihnachten während seines elftägigen Ferienaufenthalts auf Hawaii keinen einzigen Gottesdienst besucht hat, sorgte unter Amerikas Christen für erhebliches Aufsehen. Näheres über die Gründe wurde nicht bekannt. Der heute 48-jährige Präsident ließ sich erst vor etwa 20 Jahren in Chicago in der theologisch liberalen Dreifaltigkeitsgemeinde der Vereinigten Kirche Christi (UCC) taufen. Anfang 2008 trennte er sich von ihr, weil Äußerungen des damaligen Hauptpastors Jeremiah A. Wright im Wahlkampf Irritationen ausgelöst hatten. In Washington hat die protestantische Präsidentenfamilie noch keine Heimatgemeinde gefunden (oder finden wollen). Nach Angaben seines Pressesprechers Robert Gibbs nehme Obama „ziemlich regelmäßig“ an Gottesdiensten in der Immergrün-Kapelle auf dem Landsitz Camp David teil. Die UCC mit etwa 1,1 Millionen Mitgliedern steht in Kirchengemeinschaft mit der deutschen Union Evangelischer Kirchen (UEK), der 13 Landeskirchen angehören. (*Christian Post*, 4.1.10)

I (4022) **Washington**. Der Oberste Gerichtshof des US-Bundesstaates Montana hält die Beihilfe zum Suizid für legal. In den Gesetzen des Bundesstaates gebe es nichts,

das einen Patienten daran hindern könnte, medizinische Hilfe beim Suizid zu suchen. Das entschieden die Richter nach amerikanischen Medienberichten. Damit ist Montana der dritte US-Bundesstaat, der den assistierten Suizid zulässt. Künftig können in Montana Ärzte entsprechende Medikamente an unheilbar Kranke verschreiben, ohne Strafe befürchten zu müssen. Vor einem Jahr hatte ein Gericht niederer Instanz ebenfalls grünes Licht für die Beihilfe zur Selbsttötung gegeben und sogar entschieden, dass die Verfassung des Bundesstaates dies unterstütze. So weit ging das Oberste Gericht allerdings nicht. Die katholische Kirche hat die Entscheidungen heftig kritisiert. (*Boston Globe*, 4.1.10)

I (4023) **Washington**. Bibelstellen auf Schusswaffen - das ist heutzutage nicht nur Militärs peinlich. Mit Sorge reagierte man in den Vereinigten Staaten und Großbritannien auf die Enthüllung, dass ein US-Hersteller seine Zielfernrohre mit versteckten Hinweisen auf Bibelverse versieht. Unter anderem sind Soldaten in Afghanistan mit solchen Waffen ausgerüstet. Das Militär befürchtet, dass sich muslimische Extremisten im Vorwurf bestätigt fühlen, der christliche Westen führe einen Religionskrieg gegen den Islam. Die Zieleinrichtungen und Sichtgeräte werden von der US-Firma Trijicon (Wixom/Michigan) gebaut. Eingesetzt werden sie von militärischen Spezialkräften und Scharfschützen der USA, Großbritanniens, Australiens und Neuseelands. Der 2003 verstorbene Trijicon-Gründer Glyn Bindon war engagierter Christ. Er hatte die Idee, den Seriennummern der Geräte Hinweise auf Bibelstellen hinzuzufügen, die vom Licht der biblischen Botschaft sprechen. So findet sich auf Zielfernrohren beispielsweise die Buchstaben-Zahlen-Kombination JN8:12 für Johannes-Evangelium, Kapitel 8, Vers 12. Dort steht das Jesus-Wort „Ich bin das Licht der Welt. Wer mir nachfolgt, wird nicht in der Finsternis bleiben, sondern wird das Licht des Lebens haben.“ Die verborgenen Bibelstellen kamen ans Licht der Öffentlichkeit, nachdem die US-amerikanische Militärische Stiftung für Religionsfreiheit (MRFF) am 14. Januar per E-Mail die Beschwerde eines muslimischen Infanteristen erhielt. Der Sender ABC verbreitete die Geschichte. MRFF-Präsident Mikey Weinstein erklärte, Bibelstellen auf Waffen könnten den Taliban und anderen Gegnern ein Propagandamittel in die Hand geben. Man könne sich leicht die Reaktion der US-Öffentlichkeit vorstellen, wenn Waffen Hinweise auf den Koran trügen. Militärs in den USA und Großbritannien wollen nicht auf die Zieleinrichtungen verzichten; sie überlegen jedoch, wie man die Bibelstellen entfernen kann. Das US-Verteidigungsministerium hat nach Angaben der Rundfunkanstalt BBC im vergangenen Jahr mit Trijicon Lieferverträge im Wert von 47 Millionen Euro abgeschlossen. Die britischen Streitkräfte hätten soeben 480 Zielfernrohre für Scharfschützen geordert. Inzwischen hat die US-Regierung eine salomonische Regelung gefunden: Sie Verbot die Aufschrift unter Hinweis auf die verfassungsmäßige Trennung von Staat und Kirche. (*ABC*, 15.1.10; *Heinrichsblatt Bamberg*, 21.3.10)

I (4024) **Memphis**. Erstmals hat eine christliche Familie aus Deutschland in den USA politisches Asyl erhalten, weil Eltern ihre Kinder selbst unterrichten wollen. Ein Gericht in Memphis (Bundesstaat Tennessee) gab dem Asylantrag der Familie Romeike statt. Die Eltern und ihre fünf Kinder hatten im August 2008 ihren schwäbischen Heimatort Bissingen verlassen, weil ihre Kinder nach deutschem Recht zur Schule gehen müssen. In den USA und zahlreichen anderen Ländern ist hingegen auch Hausschulunterricht statthaft. Richter Lawrence O. Burman begründete seine Entscheidung über den Asylantrag damit, dass im Fall Romeike grundlegende Menschenrechte verletzt seien. Zu den

grundlegenden Menschenrechten gehöre, dass Eltern ihre Kinder selbst erziehen und bilden dürften. Von dem Recht der Kinder, auch andere Auffassungen als die der Eltern kennenzulernen, hält das US-Rechtssystem (im Gegensatz zu dem der EU) nichts. (*idea*, 27.1.10)

Lateinamerika

Brasilien

I (4025) **Brasilia**. Präsident Luiz Inacio Lula da Silva hat angekündigt, die umstrittene Passage zur Straffreiheit von Abtreibungen aus dem Nationalen Menschenrechtsplan zu streichen. Damit reagiert der Präsident auf die heftige Kritik von Teilen der katholischen Kirche. Die entsprechende Passage des im Dezember verabschiedeten Menschenrechtsplanes soll nun gestrichen werden. Man wolle sie der geltenden Gesetzeslage anpassen, hieß es. Abtreibungen sind demnach auch künftig nur für den Fall erlaubt, dass ein Gesundheitsrisiko für die Mutter besteht. In den letzten Wochen hatte sich in der Kirche Widerstand gegen das Vorhaben der Regierung formiert, Abtreibungen generell straffrei zu stellen. Die brasilianischen Bischöfe hielten jedoch von einem formellen Protest Abstand, um der Politik Gelegenheit zu geben, ihre Korrekturen selbständig vorzunehmen. (*kipa*, 13.1.10)

Haiti

I (4026) **Port-au-Prince**. Wegen des Vorwurfs des Menschenhandels müssen sich neun US-Baptisten verantworten, die am 29. Januar in Haiti festgenommen worden waren. Sie hatten nach dem verheerenden Erdbeben vom 12. Januar versucht, 33 Kinder – vom Säugling bis zum Zwölfjährigen – zu entführen.

Während Haitis Sozialminister Yves Christallin von Menschenraub sprach, erklärte die Leiterin der Gruppe und Direktorin des Hilfswerks New Life Children's Refuge (Kinderzuflucht Neues Leben), Laura Silsby, die Baptisten seien zu Unrecht festgenommen worden. Man habe nur das (nach Meinung der Baptisten) Beste für die Kinder tun wollen. Nach einem im Internet veröffentlichten Plan sollten am 22. Januar zehn Mitglieder der Central Valley Baptistengemeinde in Meridian und der Eastside Baptistengemeinde in Twin Falls (Bundesstaat Idaho), die zum Bund der Südlichen Baptisten gehört, über die Dominikanische Republik in das benachbarte Haiti reisen. In der Hauptstadt Port-au-Prince wollte man etwa 100 Waisenkinder „einsammeln“ und mit einem Bus nach Cabarete in der Dominikanischen Republik bringen. In Magante an der Nordküste wollte das Kinderhilfswerk nach eigenen Angaben ein Waisenhaus mit Schule und Kirche bauen. Tatsächlich waren aber auch Adoptionen durch baptistische Familien vorbereitet. Nach dem Erdbeben mit rund 170.000 Toten in Haiti hatten noch Tausende Kinder ihre Eltern oder nächsten Angehörigen nicht wiedergefunden.

Mehrere andere Hilfswerke hatten vor Kinderraub und Menschenhandel nach der Naturkatastrophe gewarnt. Während die US-Baptisten davon ausgingen, dass es sich bei den Kindern in ihrer Obhut um Waisen handelte, sollen laut Presseberichten einige nach ihren Eltern oder nahen Verwandten gerufen haben. Haiti ist das ärmste Land der westlichen Hemisphäre. Etwa jeder zweite der rund zehn Millionen Einwohner musste bereits vor der jüngsten Naturkatastrophe mit weniger als einem US-Dollar (etwa 0,7 Euro) pro Tag auskommen. Etwa 55 Prozent der Einwohner sind katholisch, 15 Prozent Baptisten, 8 Prozent Pfingstler, 3 Prozent Adventisten, 1,5

Prozent Methodisten und 0,7 Prozent Anglikaner. Den Rest bilden unter anderen Anhänger des Voodoo-Kults. (idea, 1.2.10)

Nachtrag: Inzwischen wurden sieben Baptisten abgeschoben, die beiden leiter müssen sich vor Gericht verantworten.

Afrika

Ägypten

I (4027) **Kairo**. Ein Gericht hat am Sonntag das Verbot der Vollverschleierung bestätigt. Das Bildungsministerium hatte vor einem Monat ein entsprechendes Dekret beschlossen. Die offizielle Begründung für das Verhüllungsverbot hatte gelautet: Es hätten sich immer wieder Männer unter dem Schutz des Schleiers in Studentinnenheime eingeschlichen. Der Großscheich der Kairoer Al-Azhar-Universität und -Moschee, Mohammed Sayed al-Tantawi, hatte erklärt, die Verhüllung habe „mit dem Islam nichts zu tun“ und sei auch ganz unnötig, da an der Hochschule ohnehin Geschlechtertrennung herrsche. (*agence de presse internationale catholique* (apic), Genf, 5.1.10)

Palästina

I (4028) **Bethlehem**. Mit Demonstrationen und Pfeifkonzerten ist der griechisch-orthodoxe Patriarch von Jerusalem, Theophilos III., am Mittwoch in Bethlehem empfangen worden. Mehr als hundert Demonstranten säumten bei der Eröffnung der orthodoxen Weihnachtsfeierlichkeiten den Krippenplatz in der angeblichen Geburtsstadt Jesu. Auf Transparenten protestierten sie gegen die Veräußerung von kirchlichen Grundstücken an israelische Investoren. Die beim Einzug des Patriarchen in Bethlehem üblicherweise anwesenden Musikkapellen der Pfadfinder waren als Zeichen des Unmutes nicht erschienen.

Das griechisch-orthodoxe Patriarchat hatte ein 43.000 Quadratmeter großes Grundstück beim Kloster „Mar Elias“ zwischen Jerusalem und Bethlehem für 99 Jahre an eine israelische Siedlungsgesellschaft verpachtet. Das Patriarchat behauptete, dieser Schritt sei notwendig gewesen, um einer Enteignung durch die israelischen Behörden zuvorzukommen, die das Land für öffentliche Zwecke wie Straßenbau hätten nutzen können. Palästinensische orthodoxe Laienverbände kritisierten dagegen, sie seien nicht über das Geschäft informiert worden. Die Veräußerung von kirchlichen Grundstücken an jüdisch-israelische Investoren gilt unter Palästinensern als Verrat. Deshalb hatten prominente palästinensische Christen aufgerufen, den Auftakt der orthodoxen Weihnachtsfeiern mit Patriarch Theophilos III. zu boykottieren. Die griechisch-orthodoxe Kirche stellt in Jerusalem und in den palästinensischen Gebieten die Mehrheit der verbliebenen Christen. Ihr Anteil an der dortigen Bevölkerung beträgt zwei Prozent. Zwischen der griechischen Hierarchie und den arabischen orthodoxen Gläubigen war es auch in der Vergangenheit wiederholt zu Unstimmigkeit wegen der Veräußerung von Immobilien gekommen. Ähnliche Geschäfte hatten 2005 zur Entthronung von Theophilos Amtsvorgänger Irenäus geführt. Die griechisch-orthodoxe Kirche ist aufgrund ihrer langen Tradition eine der größten Immobilienbesitzer in der Heiligen Stadt. (KNA, 6.1.10)

Kenia

I (4029) **Nairobi**. Auch in Kenia soll die Gesellschaft liberaler werden - aber auch dort gegen den Widerstand der Kirche. Diese setzt sich für die Beibehaltung des Verbots von Abtreibung und Sterbehilfe ein. Entgegen aktuellen Plänen dürfe der entsprechende Artikel nicht aus der Verfassung gestrichen werden, fordert die Bischofskonferenz. Es sei die Aufgabe der Kirche, eine "Kultur des Lebens" zu verteidigen. (*apic*, 25.1.10)

Uganda

I (4030) **Kampala**. Zwanzig Priester haben sich von der katholischen Kirche losgesagt und wollen ihre eigene Kirche gründen. Hintergrund ist, dass sie heiraten wollen bzw. es schon getan haben und die Zölibatsverpflichtung in der römisch-katholischen Kirche nicht mehr anerkennen wollen. Die Regierung in Kampala hat angekündigt, die neue Gruppe darauf zu überprüfen, ob sie verfassungskonform ist; ansonsten werde die Gruppe verboten. An der Spitze der neuen Struktur steht ein früherer katholischer Priester aus Sambia, der erst einige Monate zuvor exkommuniziert worden ist. Er hatte eine Gruppe namens „Katholisch-Apostolische Kirche von Sambia“ gegründet, die verheiratete Priester zulässt. (*ap*, 1.1.10)